

1 Ein russisches Schulbuch (2003) über die Situation im Frühjahr 1917

Der Regierungstendenz einer bürgerlich-parlamentarischen Reformierung stand der revolutionär-proletarische Demokratismus der Bolschewiki gegenüber. Der im April 1917 nach Russland zurückgekehrte Lenin erkannte in den Räten ein mögliches Potenzial im Kampf um die Macht während der Ausweitung der Revolution. Mit dem Ziel, den Räten politisches Gewicht zu geben, hatte er die Idee, in Russland ein Duumvirat zu errichten.

Darüber hinaus schuf er eine völlig neue Situation. Die bürgerlich-demokratische Revolution in Russland sollte gleichzeitig eine sozialistische sein, deren Ziel die Errichtung einer Diktatur des Proletariats war, damit so die Macht von Sowjets (Räten) ausgeübt werden konnte. Diese Form eignete sich praktisch zur Verwirklichung bedeutender radikaler Veränderungen, die nach Meinung Lenins erste Schritte auf dem Weg zum Sozialismus darstellten.

Um einen solchen Prozess einzuleiten, bedurfte es einer bolschewistischen Partei, die sich auf ein Proletariat und ein verarmtes Bauerntum stützen konnte. Dabei ist klar, dass eine solche von den Bolschewiki vertretene Position sie unvermeidlich in die Opposition und zu einer Konfrontation zu der Mehrzahl der sozialistischen Parteien und Gruppierungen führte. Somit wurde die Möglichkeit der Bildung einer einheitlichen sozialistischen Front verhindert. Noch bevor die Bolschewiki Kurs auf eine sozialistische Revolution nahmen, stellten sie sich die taktische Aufgabe, die Mehrzahl der Sowjets (Bolschewisierung der Sowjets) zu erreichen. So wichtig diese Aufgabe, so utopisch war sie; insbesondere unter dem Einfluss des sich ausdehnenden Krieges, der Wirtschaftskrise und der Unlösbarkeit sozialer Probleme radikalisierten die Volksmassen besonders in Petrograd rasch.

Die Bolschewiki nutzten die politischen Fehlschläge der Übergangsregierung und führten eine aktive, gegen die Regierung gerichtete Propaganda, deren Idee vom Hauptgedanken getragen wurde, dass durch den bürgerlichen Charakter dieser Übergangsregierung diese dem Volk weder Frieden noch Land oder gar Brot geben kann. Zornig brandmarkte sie auch die ‚versöhnlerische Politik der Menschewiki und Sozialrevolutionäre‘. Die Position der Bolschewiki hinsichtlich der grundlegenden sozialökonomischen Fragen wirkte auf die Volksmassen überzeugender. So schlug Lenin anlässlich seines Auftritts beim 1. Allrussischen Parteitag der Deputierten der Bauernschaft vor, den Grund und Boden zum Eigentum, das dem gesamten Volks gehört, zu erklären und unverzüglich damit zu beginnen, Grund und Boden kostenlos an die Bauern zu übergeben und nicht erst den Beschluss der Gründungsversammlung abzuwarten. Vor dem Hintergrund von unentschlossenen und vorsichtigen Liberalen machten die unter der Leitung Lenins stehenden Führer der Bolschewiki den Eindruck, dass sie Menschen sind, die nicht nur wissen, was sie erreichen wollen, sondern auch, wie sie ihre Ziele erreichen wollen.

Zur Festigung der Position der Bolschewiki trug auch die psychologische Atmosphäre bei, die im Land nach der Februarrevolution entstanden ist. Der Revolution begegneten alle mit Enthusiasmus, ging doch von der verhassten Autokratie, wie die liberale und revolutionäre Propaganda beteuerte, alles Böse, Zerstörerische aus. Alle rühmten das neue Regime und erwarteten von diesem eine sofortige Verbesserung der Situation. Doch ein Wunder geschah nicht; die Euphorie wich einer tiefen

Enttäuschung. Die so von den Bolschewiki verbreiteten sozialistischen Ideen erfassten schnell das Bewusstsein der Massen, und zwar nicht nur das der Bauern, Arbeiter und Soldaten, sondern auch das der gebildeten Gesellschaft. Der Sozialismus wurde modern.

Zagladin, Nikita V.: Istorija Rossii i mira v XX veke, 11 Klass, Moskva 2003, S. 99f.

2 Die Folgen des Friedensvertrages von Brest-Litowsk aus der Sicht eines russischen Schulbuches (2003)

Die von Russland erzwungene Annahme der Bedingungen des Brester Friedens bedeutete gleichzeitig seine Kapitulation vor Deutschland. Die Folgen waren verheerend.

Erstens fassten viele Politiker und Militärs Russlands diese Kapitulation als nationale Erniedrigung auf. Damit wurden der Zusammenschluss und die Organisierung von Kräften vorangetrieben, die dem Bolschewismus feindlich gegenüberstanden. Auf diese Weise wurde ein Bürgerkrieg begünstigt. Vom Bündnis mit den Bolschewiki wandten sich auch die linken Sozialrevolutionäre ab. Im Juni 1918 unternahmen sie einen Versuch, diese Kräfte von der Macht zu entfernen, der allerdings misslang.

Zweitens gab diese Kapitulation Anlass zum unmittelbaren Beginn eines Bürgerkrieges. Soldaten des tschechoslowakischen Korps, das aus Slawen bestand, die auf die Seite Russlands übergetreten waren (anfänglich wurde versucht, sie aus ihrem Gebiet über Wladiwostok herauszubringen), befürchteten nicht grundlos, dass sie an die Mittelmächte übergeben werden. Im Mai 1918 haben sie einen Aufstand gegen die Sowjetmacht unternommen. Die Anzahl der Korps war eher gering (etwa 45 tausend Menschen). Ihr Aufenthaltsraum erstreckte sich entlang der Transsibirischen Eisenbahn. Außer den wenigen Abteilungen der Roten Garde gab es bei den Bolschewiki keine bewaffneten Kräfte. Im Ergebnis dessen wurde ihre Macht auf einem riesigen Gebiet gestürzt – von Wladiwostok bis zum Wolgagebiet. Es begann die Formierung von Einheiten der Weißen Bewegung.

Drittens führte der Brester Frieden dazu, dass die in der Entente vereinten Länder ihre Armeen auf das Gebiet Russlands schickten. Im Zeitraum März–April setzten die Verbündeten in Murmansk, Archangelsk und Wladiwostok Landetruppen aus. Diesen Schritt begründeten sie damit, dass sie verhindern wollten, dass die in diesen Hafenstädten konzentrierten Waffenvorräte an Deutschland fallen.

Als Folge dieser Verletzung seiner Bündnispflicht und mit dieser Begründung wurde Russland aus dem Kreis der Siegerstaaten ausgeschlossen. Bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages blieben die Interessen Russlands unbeachtet.

Die nunmehr nach dem Brester Frieden entstandene Situation spornte die sowjetische Regierung zu außerordentlichen Maßnahmen an. Nachdem die fruchtbarsten Gouvernements abgetreten werden mussten, bestand in den Städten die Gefahr einer Hungersnot, was wiederum zu einer Politik einer gewaltsamen Beschlagnahme ‚überflüssigen Brotes‘ von der Bauernschaft führte. Wenn auch das Land der Form nach ihr Eigentum war, konnten die Bauern jedoch nicht mehr frei über die Früchte ihrer Arbeit verfügen. Eine Stütze der Macht im Dorf wurde die arme Bauern-

schaft. So halfen gegründete so genannte Kombedy (Komitees der Armut) den von Rotgardisten aus der Stadt geschickten freiwilligen Abordnungen, Brot von den wohlhabenden Bauern zu beschlagnahmen.

Fabriken und Betriebe wurden nationalisiert und unter staatliche Kontrolle gestellt. Mit der Einführung eines Kartensystems und der De-facto-Abschaffung des Geldes, das vollständig entwertet wurde, fiel das Lebensniveau der Tagelöhner, in deren Namen doch die Bolschewiki regierten, schnell; aufkeimende Proteste wurden schonungslos unterbunden.

Die 1918 angenommene Verfassung bestätigte im Lande ein Regime einer Diktatur des Proletariats. Sie beraubte einen Teil der Bevölkerung (Tagelöhner, ehemalige Polizisten, Geistliche) ihrer Wahlrechte und setzte Sowjets (Räte) ein, die jedoch zu ungleichen Teilen aus Städten und Dörflern bestanden.

Die bestehende Rechtsordnung wich einer revolutionären Zweckmäßigkeit. In dem Maße, in dem der Widerstand gegen die Macht der Bolschewiki wuchs, erreichten der rote Terror, Bestrafungen, tendenzielle Einschüchterungen der Bevölkerung, um diese zu unterwerfen, gigantische Ausmaße. Die Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (der Bolschewiki) wurde in RKP (b) – Russische Kommunistische Partei (der Bolschewiki) umbenannt. Dieser Schritt demonstrierte den Massen den vollständigen Bruch der Bolschewiki mit dem Menschewismus und den Führern der internationalen Sozialdemokratie.

Zagladin, Nikita V.: Istorija Rossii i mira v XX veke, 11 Klass, Moskva 2003, S. 100f.